

Veränderung als Normalität verstehen

Interview mit dem Migrationswissenschaftler Prof. Dr. Klaus J. Bade

Das Misstrauen gegen Muslime ist gestiegen. Laut Bertelsmann-Stiftung haben heute 51 Prozent der Deutschen Angst vor dem Islam. Ein Rückschlag für die Einwanderungsgesellschaft, urteilt der Migrationswissenschaftler Prof. Dr. Klaus J. Bade. Er benennt in seinem neuen Buch einige Brandstifter.

Sie greifen die Sarrazin-Debatte und ihre Folgen erneut auf. Sollte man nicht froh sein, dass der Hype um die populistischen Behauptungen von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ abgeklungen ist?

Es geht mir nicht um die Aktualisierung der Debatte, sondern um die Analyse ihrer Folgewirkungen. Sie liegen im Spannungsfeld von Wortgewalt und Tatgewalt. Das reicht bis zur Verarbeitung der Terrorerfahrung seit 2011: vom Breivik-Massaker in Norwegen Mitte 2011 bis zu der noch immer nicht abgeschlossenen Aufdeckung der NSU-Verbrechen seit Ende 2011.

Die Morde der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU an Kleinunternehmern mit Migrationsgeschichte werden zurzeit vor Gericht verhandelt. Sie beklagen, dass Politik und Behörden auf islamistischen Terror fixiert waren – und so die Gefahr rechtsextrem-antiislamischer Anschläge übersahen.

Die Behörden konzentrierten sich auf Links- und Rechtsextremismus im herkömmlichen Sinne sowie auf islamistischen Terrorismus. Sie ließen dabei, trotz aller Warnungen, die fließende Grenze zwischen antiislamischer Volksverhetzung, Rechtsextremismus, Neonationalsozialismus und Terrorismus außer Acht.

Sie geben auch Islamkritikern wie etwa Necla Kelek eine Mitschuld an der gestiegenen Islamfeindlichkeit. Die Sozialwissenschaftlerin setzt sich aber auch für die Rechte von Frauen und Mädchen aus muslimisch geprägten Familien ein, zum Beispiel bei Zwangsehen. Immerhin finden jetzt dank Kelek und – lange vor ihr – dank anderer Frauenrechtlerinnen Betroffene mehr Hilfe.

Ich respektiere Keleks emanzipatorisches Engagement mit Blick auf die Stellung der Frau in bestimmten türkisch-islamischen Milieus. Aber ich kritisiere ihre kulturrassistisch verallgemeinernde Agitation gegen „den“ Islam und „die islamische Kultur“.

Nach Ihren Erkenntnissen hat sich die Einwanderungsgesellschaft der Vielfalt geöffnet. An welchen Punkten machen Sie das fest?

Besonders unter jüngeren Menschen ist die Akzeptanz kultureller Vielfalt heute längst Alltagsrealität. Es geht weniger darum, woher jemand kommt als darum, was jemand kann. Integration ist viel besser als ihr Ruf im Land, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber die Teilhabechancen sind noch immer ungleich verteilt, besonders am Arbeitsmarkt.

Was bleibt zu tun?

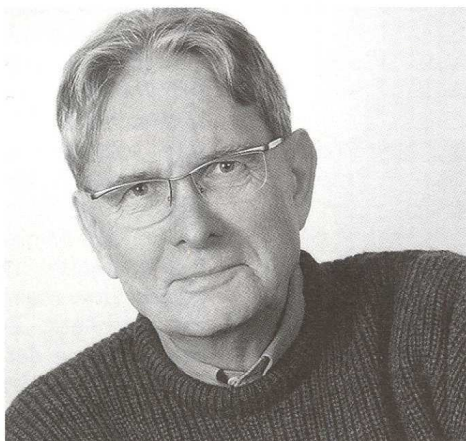
Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik für alle zu betrachten und betreiben. Integration ist die messbare Teilhabe aller an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens – von der frühkindlichen Erziehung über Bildung und Ausbildung bis hin zu Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Rechts-, Sozialsystemen und der – statusabhängigen – politischen Teilhabe. Das gilt für Menschen mit wie ohne den so genannten Migrationshintergrund.

Was kann der Einzelne tun?

Beim Zusammenwachsen von Mehrheits- und Einwandererbevolkerung zur Einwanderungsgesellschaft gibt es einen rasanten kulturellen Wandel von Lebensumfeldern und Sozialstrukturen. Das macht manchen Alteingesessenen Kulturangst und mentalen Stress. Es geht darum, die beschleunigte Veränderung als alltägliche Normalität zu verstehen.

Was wünschen Sie sich von Innenminister Friedrich für die nächste deutsche Islamkonferenz (DIK)?

Dreierlei: Erstens die Einsicht, dass durch die sicherheitspolitische Instrumentalisierung der DIK und andere Fehlleistungen des Bundesministeriums des Inneren (BMI) bei der muslimischen Einwandererbevolkerung viel an Vertrauen zerstört worden ist. Nötig ist deshalb eine Rückbesinnung auf die gesellschaftspolitischen Intentionen des DIK-Begründers Wolfgang Schäuble. Zweitens die Einsicht, dass Integrationspolitik als Schwerpunktbereich nach der Wahl aus dem vorwiegend auf Sicherheit und Gefahrenabwehr konzentrierten Bundesinnenministeriums abgezogen werden muss. Sie sollte als Querschnittsbereich umverteilt werden auf andere Ressorts, zum Beispiel auf Bildung, Familie, Arbeit und Soziales. Das BMI wäre hier nur noch ein beteiligtes Ressort unter anderen. Drittens schließlich wünsche ich dem Bundesinnenminister die innere Kraft, nach der Wahlentscheidung nicht mehr nach einem Verbleib in dem Amt zu streben, mit dem er, jedenfalls im Bereich der Integrationspolitik, erkennbar überfordert war und ist. Das Interview führte Sylvia Rizvi



„Integrationspolitik muss nach der Wahl aus dem vorwiegend auf Sicherheit und Gefahrenabwehr konzentrierten Bundesinnenministerium abgezogen werden“, sagt der Migrationsforscher Prof. Klaus Bade.

Klaus J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, „Islamkritik“ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Wochenschau Verlag, 2013. 400 Seiten, 26,80 Euro.

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt seither in Berlin. Der Emeritus war u. a. Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und bis Mitte 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin.